

lich die Chinesen dazu veranlaßt, die Bedingungen für die Offshore-Geschäfte zu verbessern. Die CNOOC will nach Angaben ihres Sprechers ihre ausländischen Partner ermutigen, sich im Offshore-Geschäft zu engagieren. Die Chinesen haben sich bereit erklärt, künftig die Lizenzgebühren auf jene Erdölfelder zu streichen, die weniger als 7,3 Mio.Barrel pro Jahr produzieren. Bislang waren vertraglich 12,5% Tantiemen auf die Jahresproduktion beansprucht worden.

Am 22.November 1984 war ein weiteres Offshore-Gebiet mit insgesamt 13.300 qkm, aufgeteilt in vier Blöcke, im östlichen Teil der Yingge-See für die Lizenzierung freigegeben worden. Der Endtermin für die Abgabe von Lizenzanträgen für diese Gebiete ist der 5.September 1985. Nach Angaben der CNOOC haben bislang 28 Ölgesellschaften aus 9 Ländern Anträge gestellt. Darunter sind 11 amerikanische, 5 japanische und 4 britische Gesellschaften. (NZZ, 6.7.85; AWSJ, 2.7.85; XNA, 2.7.85) -lou-

*(42)

Positive Fünfjahres-Bilanz für das Schindler Joint Venture

Wie der Schindler-Konzern in einem Kommuniqué mitteilte, hat sich das vor fünf Jahren in der Volksrepublik mit der China Construction Machinery Corp. (CCMC) gebildete Joint Venture erfreulich entwickelt. Die China Schindler Elevator Company war das erste Joint Venture der Volksrepublik mit einem westlichen Unternehmen und hat daher Pionier- bzw. Demonstrationscharakter.

Das Zwischenresultat zum fünfjährigen Bestehen wird sowohl von chinesischer als auch von schweizerischer Seite positiv bewertet. Das mit einem Gesellschaftskapital von 16 Mio.US\$ ausgestattete Joint Venture produzierte bisher 5.000 Aufzüge und wies einen kumulierten Gewinn vor Steuern von 15 Mio.US\$ aus. Das entspricht einer Rendite auf das eingesetzte Kapital von jährlich 20-25%. Die China Schindler Elevator Co. beschäftigt heute 2.600 Mitarbeiter, 1.500 in Shanghai und die restlichen 1.100 in Beijing. Die CCMC ist zu 75%, die Schindler Holding AG zu 15% und Jardine-Schindler aus Hongkong zu 10% am Joint Venture beteiligt. (NZZ, 7.7.85) -lou-

*(43)

Maßnahmen gegen gefälschte Markenartikel

In den Einzelhandelsläden der Volksrepublik waren in der letzten Zeit Nachahmungen ausländischer und inländischer Markenartikel aufgetaucht. So wurde beispiels-

weise entdeckt, daß viele Fahrräder mit den gefälschten Markennamen "Fliegende Taube" und "Phoenix" angeboten worden waren. Viele dieser Fahrräder kamen von einer Fabrik in der Provinz Jiangsu.

Eine Fabrik in der Provinz Zhejiang, die mehr als 600 Leute beschäftigt, hatte mehr als 2,5 Mio. Armbanduhren unter den bekannten und geschätzten Markennamen "Shanghai", "Baoshihua" und "Frühlingsdonner" verkauft.

Um diesen unguten Entwicklungen entgegenzuarbeiten, gaben die Zentrale Wirtschaftskommission, das Ministerium für die Leichtindustrie, das Ministerium für Handel und die Zentrale Industrie- und Handelsverwaltung gemeinsam ein "Zirkular über das Verbot von Verkäufen fehlerhafter Ersatzteile und Zubehörteile und fehlerhafter Handelsmarkendeklaration durch verschiedene Unternehmen" am 2.Juli 1985 heraus. In diesem Zirkular heißt es: Seit dem letzten Winter habe die Herstellung und der Verkauf gefälschter Produkte in einigen Gegenden überhandgenommen. Gegenwärtig würden auch Fernsehgeräte, Motorfahrzeuge und andere teure dauerhafte Konsumgüter und Produktionsgüter gefälscht. Einer der Gründe für diese Situation sei darin zu suchen, daß viele Unternehmen große Quantitäten fehlerhafter Ersatzteile, Zubehörteile und Handelsmarkenbezeichnungen verkauft hätten. Diese fehlerhaften Teile hätten die Bedingungen dafür geschaffen, daß Kriminelle die gefälschten Artikel hätten herstellen und verkaufen können. Dies sei eine neue ungesunde Tendenz im Bereich der Wirtschaft, sie schädige die Interessen des Staates und der Konsumenten und zerstöre die soziale und wirtschaftliche Ordnung.

Um den Problemen Herr zu werden, wurden acht Einzelvorschriften erlassen. Danach müssen beispielsweise die durch gefälschte Produkte erzielten illegalen Einkommen an den Staat abgeführt werden. (Xinhua, 12.7.85, zit. nach SWB, 17.7.85; Financial Times, 17.7.85) -lou-

*(44)

Rezentralisierung des Seidenexportes

Mit Wirkung vom 1.Juli 1985 hat das Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel die Berechtigung örtlicher Wirtschafts- und Außenhandelsstellen zur Erteilung von Exportlizenzen für Seidenprodukte widerrufen. Die Maßnahme wurde ergriffen, um den Ausfuhrgeschäften lokaler Einheiten und der davon ausgehenden Störung des Marktes ein Ende zu bereiten.

Betroffen von der neuen Regelung sind alle Seidenprodukte, darunter Maulbeer- und Tussah-Seidenkokons, Rohseide, verarbeitete Seidenfäden, Dupionseide, Seidengespinnste, Florettseide, Mischgarne und Abfälle.

Das einheitliche Management des Außenhandels für Seide und Seidenzeugnisse liegt bei der China National Silk Corp. und anderen Fachgesellschaften. Die Ausfuhren von Rohseide und Seidengeweben erreichten 1984 einen Gesamtwert von 1,06 Mrd.Yuan, das waren 6,5% mehr als im Vorjahr. Die Rezentralisierung des Ausfuhrgeschäftes soll verhindern, daß dieser bedeutende Posten im chinesischen Exportsektor durch "Parallelhandel" und andere Praktiken geschädigt wird. (NfA, 9.7.85) -lou-

WIRTSCHAFT

*

*

*(45)

Neue Zahlen über Erfolge der landwirtschaftlichen Strukturreform

Nach den kürzlich vom Zentralen Statistikanat bekanntgegebenen Zahlen hat sich im Zeitraum von 1978 bis 1984 der Anteil der Getreideproduktion verringert; der Produktionswert der Getreidekulturen sank von 76,7% auf 66,2%. Der Anteil der technischen Kulturen stieg jedoch von 11,9% auf 20,6%. In Bruttoproduktionswerten sank der Anteil der Farmlandwirtschaft von 76,7% im Jahre 1978 auf 68,6% im Jahre 1984, während der Anteil der Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und der Nebenerwerbsgewerbe von 23,3% auf 31,4% stieg. Der Anteil der Landwirtschaft an der gesamten ländlichen Wirtschaft sank ebenso. Er fiel von 69,5% im Jahre 1978 auf 63,2% im Jahre 1984, während der Anteil der ländlichen Industrie, des Baugewerbes, des Transportwesens und des Handels von 30,5% auf 36,8% anstieg.

Vor der Reform hatten die Bauern wenig Gelegenheit oder wenig Zeit, etwas anderes zu tun als Früchte anzubauen. Anstatt nun vorwiegend die Staatsquoten zu erfüllen, beschäftigen sich die Bauern damit, die Nachfrage des Marktes zu befriedigen. Die staatlichen Quoten (in physischen Größen) für 40 landwirtschaftliche und Nebenerwerbsprodukte, darunter Getreide, Baumwolle, Schweine, Kühe, Schafe und Eier, sind durch den vertraglich bestimmten Absatz ersetzt worden. Obgleich es weniger Getreidekulturen gab, so ist dennoch der Getreide-Output gestiegen. Im Jahre 1984 betrug der Pro-Kopf-Ge-

treide-Output 396 kg, das waren 24,2% mehr als 1978. Der gesamte ländliche Bruttoproduktionswert im Jahre 1984 stieg um 80% gegenüber dem Niveau von 1978 an, was einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von 10,3% gleichkommt. Die im Jahre 1984 an den Staat verkauften landwirtschaftlichen und Nebenerwerbsprodukte hatten einen Wert von 144 Mrd.Yuan, das waren 68% mehr als 1978, nach Abzug von Preiswirkungen.

Im Jahre 1984 belieferten die Bauern den Staat mit der doppelten Menge an Getreide, Baumwolle, pflanzlichem Öl, Rindfleisch, Hammelfleisch, Eiern, Geflügel und Zuckerrüben, verglichen mit der Situation von nur wenigen Jahren vorher.

Durch die Zulieferung von mehr Rohmaterialien gewann die Leichtindustrie eine neue Bedeutung für die Entwicklung. Der Wert der leichtindustriellen Produkte, die aus landwirtschaftlichen Materialien hergestellt wurden, erreichte 237 Mrd.Yuan 1984, das war ein Anstieg von 92,7% gegenüber 1978.

Das jährliche Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern stieg von 134 Yuan im Jahre 1978 auf 355 Yuan im Jahre 1984.

Auch der Staat und die Kollektive zogen aus den ländlichen Reformen Nutzen. Die im letzten Jahre aus den ländlichen Gebieten gezahlten Steuern beliefen sich auf 14,1 Mrd.Yuan, das war 2,3mal so viel wie im Jahre 1978. Allerdings waren die Anteile des Transportwesens und des Handels am gesamten ländlichen Bruttoproduktionswert gering, der Anteil des Transportwesens machte nur 2,6% aus, und der Handel stieg um nur 0,4% in den letzten sechs Jahren.

Die beiden letztgenannten Zahlen weisen darauf hin, daß die Marktverflechtungen in der Landwirtschaft bzw. in der ländlichen Wirtschaft immer noch relativ gering sind. (XNA, 1.7.85) -lou-

*(46)

Futterindustrie soll schnell entwickelt werden

Auf einer nationalen Arbeitskonferenz über die Futterindustrie, die am 17.Juli 1985 in Beijing eröffnet wurde, wurde bekanntgegeben, daß die Volksrepublik während des siebenten Fünfjahresplanes (1986-1990) insgesamt 1,5 Mrd.Yuan in die Futterindustrie investieren will. Vor Ende des Jahres 1990 sollen eine große Methionin-Fabrik, 4 oder 5 Lysin-Fabriken und 30 bis 40 Fabriken für Futterkonzentrate und die Zugabe von Additiven errichtet werden.

Ein auf der Konferenz verkündetes Programm umriß die allgemeine Zielsetzung für die Futterindustrie. Danach wird die Volksrepublik ihre Produktionskapazität für Mischviehfutter auf 50 Mio.t um das Jahr 1990 und auf 120 Mio.t pro Jahr gegen Ende des Jahrhunderts erhöhen.

1984 wurden 93 Futterverarbeitungsfabriken errichtet, jede mit einer Jahreskapazität von über 10.000 t, und mehr als 2.500 Fabriken mit Jahreskapazitäten zwischen 2.000 und 10.000 t. Des Weiteren wurden viele kleine Fabriken in Dörfern und kleinen Städten gegründet. 1984 wurden insgesamt 12 Mio.t Mischfutter produziert, das waren 4 Mio.t mehr als im Vorjahr.

Die Volksrepublik habe, so wurde auf der Konferenz berichtet, reiche Futterreserven. Zusätzlich zu dem überschüssigen Getreide, das aus den guten Ernten der letzten Jahre resultiere, gebe es ca. 7 Mio.t Futtermittel aus Reisabfällen, über 400 Mio.t Greidehalme und -hülsen sowie eine beträchtliche Menge von Abfallprodukten aus den Leicht- und Chemieindustrien sowie die Reste aus den Viehschlachtbetrieben. (XNA, 18.7.85) -lou-

*(47)

China plant Bau einer großen Ölraffinerie

Wie die First Pacific Finance Ltd., eine in Hongkong ansässige Handelsbank, mitteilte, plant die Volksrepublik, in der Bucht von Meizhou (im Südosten der Provinz Fujian) den Bau einer Erdölraffinerie. Die Raffinerie soll zusammen mit ausländischen Investoren gebaut werden und ist auf 500 Mio.US\$ veranschlagt.

Die Raffineriekapazität der Volksrepublik kommt mit den steigenden Mengen aus der Ölförderung nicht mit. Mit Raffinerien in den Vereinigten Staaten und Singapur sind Verträge zur Raffinierung von 200.000 Barrel pro Tag abgeschlossen worden.

Nach Angaben der First Pacific, die die Volksrepublik bei dem geplanten Projekt berät, soll die Mehrheitsbeteiligung an der Raffinerie von einer Institution der Provinzregierung in Fujian gehalten werden, während ausländischen Investoren, darunter Überseechinesen, eine Minderheitsbeteiligung angeboten wird. Die geplante Raffinerie soll eine Verarbeitungskapazität von 60.000 Barrel Rohöl pro Tag haben. Nach den Vorstellungen der Chinesen sollen die Lieferanten für die Ausrüstungen der Raffinerie Vorzugs- und Ex-

portkredite bereitstellen, um ca. 70% der Ausrüstungskosten abzudecken. (AWSJ, 12./13.7.85) -lou-

*(48)

Neue Entwicklungen im Sekundärenergiebereich

Unter Beteiligung verschiedener chinesischer Gesellschaften wurde in Beijing die Huaneng International Power Development Corp. gegründet. Die mit einem Grundkapital von 100 Mio.US\$ ausgestattete Gesellschaft ist ermächtigt, mit ausländischen Firmen Verträge abzuschließen, Kraftwerksinstallationen zu importieren und generell ausländische Investitionen für eine beschleunigte Entwicklung der chinesischen Elektrizitätswirtschaft anzuziehen.

Partner der als Joint Venture-Gründung strukturierten Gesellschaft sind die China Fine Coal Corp., China International Water and Electricity Corp., Volksaufbaubank von China sowie die in Hongkong ansässigen Unternehmen China Development Investment Co. Ltd. und China Resources (Holdings) Co. Ltd. Das Grundkapital entfällt zu 60% auf die China Fine Coal, 25% auf die beiden Hongkong-Gesellschaften und zu 15% auf die China International Water sowie die Volksaufbaubank. Zum Vorsitzenden des Direktoriums der Huaneng wurde der ehemalige Vizeminister für Wasserwirtschaft und Elektrizität, Mao Henian, zum Präsidenten der ehemalige Minister der Staatlichen Energiekommission und Kraftwerksdirektor, Wang Defang, ernannt.

Die Huaneng plant u.a., bereits während der 7.Planperiode Kraftwerke mit einer installierten Kapazität von 5.000 MW zu bauen. Zu den ersten Projekten zählen vier kohlegefeuerte Kraftwerke mit je zwei 350-MW-Generatoreinheiten, deren Errichtung in den Küstenstädten Dalian, Nantong, Fuzhou und Shijiazhuang geplant ist. Dem Vernehmen nach sind bereits Anforderungen zur Angebotsabgabe an prospektive Lieferanten in Nordamerika, Europa und Japan ergangen.

Zur Leitung und Standardisierung des chinesischen Nuklearenergieprogramms hat die Volksrepublik ein Sonderkomitee eingerichtet. Das Chinese National Technical Committee for Nuclear Energy Standardization hat ca. 100 Mitglieder aus den Ministerien für Wasserreserven und Elektrizität, Nuklearindustrie sowie von der Akademie der Wissenschaften und einigen Universitäten. Hauptaufgabe des Komitees ist die Prüfung und Genehmigung eines nationalen Nuklearstandardisierungsplans, die

Formulierung von Standards und die Förderung internationaler nuklearer Zusammenarbeit.

Nach Aussagen der Kraftwerksunion AG (KWU) ist es unwahrscheinlich, daß die Chinesen die Kernkraftprojekte von Sunan und Shenzhen weiter dadurch verzögern werden, daß sie amerikanische Gesellschaften auffordern, Angebote abzugeben. Die beiden genannten Projekte seien bereits in einem fortgeschrittenen Stadium, in dem die Experten damit beschäftigt sind, Tausende von Dokumenten durchzusehen, die von der KWU und der französischen Gesellschaft Framatome geliefert worden sind. Auf Anregung der Chinesen hatten sowohl KWU als auch Framatome detaillierte Angebote für die geplanten vier Kraftwerksblöcke in Sunan und Shenzhen abgegeben. (NfA, 2.7.85; AWSJ, 25.6.85; Financial Times, 29.7.85) -lou-

*(49)

Kampagne gegen die Steuerhinterziehung

Wie Jin Xin, der Direktor des Allgemeinen Amtes für Besteuerung beim Finanzministerium, auf einer nationalen Konferenz über Steuerfragen mitteilte, wird noch in diesem Jahr, entsprechend der Entscheidung des Staatsrates, eine nationale Kampagne gegen die Steuerhinterziehung in staats-eigenen, kollektiveigenen und privaten Unternehmen begonnen.

Auf der nationalen Konferenz wurde bekanntgegeben, daß die Steuereinnahmen in den ersten sechs Monaten des Jahres 1985 bereits 56% des Jahresplanes erreicht hätten und somit 19% höher lägen als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Es wird damit gerechnet, daß die Jahresquote übererfüllt wird.

Dennoch gebe es, so Jin, Probleme im Steuerbereich. Da die steuerpflichtigen Einheiten von 1,62 Mio. im Jahre 1978 auf gegenwärtig 7,2 Mio. angestiegen seien, könnten die Schlupflöcher in der Steuergesetzgebung ausgenutzt werden. Die Verantwortungslosigkeit mancher Kader im Steuerwesen führe dahin, daß Unternehmen und auch Einzelpersonen Steuerhinterziehung zu Lasten des Staates betreiben könnten. (XNA, 25.7.85) -lou-

*(50)

Klagen über die Praxis der Gebührenerhebung

Offensichtlich ist die Praxis der illegalen Gebührenerhebung in der Volksrepublik so weit verbreitet, daß sich der Staatsrat genötigt sah, am 5. Juli 1985 eine Direktive über das Verbot der Gebührenerhebung auf Autobahnen herauszugeben.

Es sei so weit gekommen, so heißt es in der Direktive, daß eine ganze Reihe von Einheiten sich ohne Genehmigung das Recht herausgenommen hätte, an Kontrollpunkten auf der Autobahn Gebühren zu erheben. Es gebe sogar Leute, die sich als Verwaltungspersonal ausgewiesen hätten, um Gebühren von den Fahrern zu erheben. Die Direktive gibt konkrete Anweisungen für die Gebührenerhebung. So können Motorfahrzeuge jetzt nur noch an den Kontrollpunkten von Polizisten oder Angestellten der Verkehrskontrollorganisationen in Uniform kontrolliert werden.

Auch in anderen Bereichen ist es nach wie vor üblich, insbesondere die neuen privaten Betriebe oder Haushalte mit Gebühren zu überziehen. Nach einer Untersuchung, die vom Wirtschaftsverwaltungsamt für Industrie und Handel der Provinz Guangdong in acht Städten und Präfekturen durchgeführt wurde, gab es dort insgesamt 17 Abteilungen, die insgesamt 16 Arten von Gebühren erhoben.

So wurden z.B. für jeden Antrag zur Genehmigung der Geschäftstätigkeit von industriellen und Handelshaushalten im Bezirk Doumeng 30 Yuan verlangt. In den Städten Guangzhou und Shantou hatten private Medikamentenhändler eine Untersuchungsgebühr in Höhe von 100-200 Yuan zu zahlen.

Im Kreis Yangjiang hatten die Umweltschutzämter vorgeschrieben, daß jeder Privatbetrieb im Installationsgewerbe eine Luftverschmutzungsgebühr von 4 Yuan pro Monat zahlen solle.

In der Stadt Shenzhen gab es unterschiedliche Institutionen, die alle eine Gesundheitsverwaltungsgebühr erhoben. Einige Privatbetriebe waren auf diese Weise so schwer belastet worden, daß sie ihre Geschäftstätigkeit aufgeben mußten. In den Monaten März und April 1985 mußten beispielsweise 420 Privatbetriebe (das waren 26% aller Industriebetriebe) in der Stadt Qingcheng (Kreis Qingyuan) ihre Geschäftstätigkeit aufgeben. (Xinhua, 10.7.85, zit. nach SWB, 16.7.85; Radio Guangzhou, 8.7.85, zit. nach SWB, 12.7.85) -lou-

*(51)

Kredite für Privatunternehmen

Im Jahre 1984 richtete die Industrie- und Handelsbank eine Abteilung ein, die sich mit den Privatunternehmen im Dienstleistungsgewerbe, im Transportwesen, Tourismus, Viehzucht, Kultur, Erziehung und Gesundheitswesen befaßt. Vor 1983 befaßte sich die Bank nur mit der Industrie und dem Handelssektor.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1985 wurden 460 Mio. Yuan an Privatunternehmen als Kredite vergeben. 1984 wurden insgesamt 578 Mio. Yuan an kleine Unternehmen vergeben, während die Kreditsumme für den Zeitraum von 1979 bis 1983 nur 350 Mio. Yuan betrug. Priorität wird solchen Unternehmen gegeben, die die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigen und lokale Ressourcen nutzen, so der Bankmanager Geng Xiaofeng. Die Unterstützungen reichen bei weitem nicht aus, so erklärte Geng weiter. Nur ca. 5% der Privatunternehmen erhielten Kredite von der Bank, während 40% der Privatunternehmen von Privaten zu höheren Zinsraten borgten.

Jedes Privatunternehmen, das eine gültige Lizenz und die Grundfondsbesitze, Sicherheiten bereitstellen könne und die Fähigkeit zeige, die Kredite zurückzahlen, kann bei der Bank um Kredite einkommen. Die monatlichen Zinsraten rangieren von 0,78 bis 0,96%.

Wie von der Bank weiter mitgeteilt wurde, gab es während der Kulturrevolution nur 150.000 Menschen, die Privatunternehmen betrieben. Ende 1984 belief sich die Zahl der Privatunternehmen auf 2,9 Mio. Bereits im ersten Quartal des Jahres 1985 sei die Zahl auf 3,09 Mio. angestiegen. (XNA, 1.7.85) -lou-

TAIWAN

*

*

* * * * *

*(52)

Diplomatische Beziehungen zu Bolivien abgebrochen

Am 11. Juli hat das Außenministerium in Taipei den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Bolivien erklärt (ZYRB, 12.7.85). Bolivien hatte drei Tage zuvor volle diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, daß die bolivianische Regierung die Regierung der Volksrepublik China als die einzige legitime Regierung Chinas und Taiwan als einen untrennbaren Bestandteil der Volksrepublik China anerkenne (RMRB, 11.7.85). Dies bezeichnete das Außenministerium in Taipei als eine äußerst unfreundliche Handlung und brach die diplomatischen Beziehungen zu La Paz ab. Neben der Schließung seiner Botschaft in La Paz zog Taiwan auch ein landwirtschaftliches Entwicklungshilfeteam und eine Beratergruppe für Insektenbekämpfung aus Bolivien zurück.

Der Kurswechsel der bolivianischen Chinapolitik kam sehr unerwartet, da er nur eine Woche vor den Prä-